

Rosinenpickerei in der EU verbietet sich, meinen **Johannes Hahn und Elmar Brok**.

Das Wir-Gefühl reicht nicht



Von der Krise anlässlich des EU-Verfassungsvertrags 2005 über die russisch-ukrainischen Energiekrisen 2006 und 2009 bis hin zur jahrelangen Finanz- und Wirtschaftskrise und der aktuellen Belastungsprobe rund um Flüchtlings- und Migrationsbewegungen - ihnen allen war eines gemeinsam: Nicht die Europäische Union hat die Turbulenzen verursacht. Das gilt erst recht für die aktuellen Flüchtlings- und Migrationsbewegungen. Wir haben es mit Symptomen einer sich immer schneller globalisierenden Welt zu tun und damit einhergehenden Ängsten der Bürger.

Europa hat also keine andere Wahl, als Souveränität in neuen Bereichen zu bündeln, um die Globalisierung mitzumanagen und den Bürgern Sicherheit, Stabilität und Wohlstand zu garantieren, statt reaktiv und fragmentiert Nabelschau zu betreiben. Nicht die Welt passt sich Europa an, sondern Europa muss sich der Welt anpassen.

Die EU als Sündenbock auszumachen für alles, was gerade nicht rundläuft, ist also nicht nur faktisch falsch. Damit sägen wir auch an dem Ast, auf dem wir alle sitzen! Das Vertrauen in den europäischen Zusammenhalt ist unser Überlebenselixier, zumal unser Anteil an der Weltbevölkerung von derzeit 7,1 Prozent bis 2060 auf 5,3 Prozent abzunehmen droht.

Derzeit geht die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu weit auseinander. Die EU kann nicht liefern, solange Mitgliedstaaten europäische Lösungen nur dann einfordern, wenn sie selbst davon entlastet werden, sie in anderen Bereichen aber verwässern oder torpedieren. Diese politische Doppelbödigkeit rächt sich.

In der Flüchtlings- und Migrationskrise wird das allzu deutlich. Deren Ursachen - Krieg in Syrien und Armut in Afrika - übersteigen zweifelsfrei die Kapazitäten einzelner Mitgliedstaaten, und die EU kann diesen Ursachen nur gemeinsam begegnen. Gleichzeitig haben wir mehr als ein Jahr gebraucht, um auch nur Ansätze einer gemeinsamen Migrationspolitik zu verwirklichen. Dass vielen Menschen damit ein Gefühl der Ohnmacht vermittelt wird, anstatt das Vertrauen in die EU zu steigern, liegt auf der Hand.

Aus dem Brexit-Votum jetzt zu schließen, dass die EU - als angeblicher Auslöser eines hausgemachten Problems - nun von Grund auf reformiert oder gar als Sündenbock an den Pranger gestellt werden müsse, ist nicht nur weit hergeholt, sondern stellt die Handlungsfähigkeit Europas für längere Zeit infrage. Wir brauchen kein andauerndes internes Händerringen, sondern gemeinsames Handeln - gerade mit Blick auf die unmittelbare Umgebung Europas.

So haben die Mitgliedstaaten der EU einstimmig allen Ländern des westlichen Balkans eine konkrete Beitrittsperspektive in Aussicht gestellt, die nach wie vor steht - nicht weil wir hier eine diplomatische Form der Sozialarbeit praktizieren, sondern weil Stabilität und Sicherheit vor unserer Haustür im Interesse Europas sind. Eine europäische Perspektive ist der Transmissionsriemen für nötige Reformen und die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität in einer nach wie vor fragilen Region.

Niemand sollte der Illusion verfallen, dass ein dauerhafter Erweiterungsstopp oder eine Politik cooler Nachlässigkeit gegenüber der Nachbar-

schaft die Herausforderungen Europas lösen würde. Im Gegenteil: Die Flüchtlingskrise zeigt, dass die EU auf die Kooperation mit ihren Nachbarn angewiesen ist - und umgekehrt. Herausforderungen wie diese können wir nur lösen, wenn wir das Problem an der Wurzel packen und eine proaktive gemeinsame Außenpolitik verfolgen.

Umgekehrt gibt es eine enge Anbindung an die EU und den Genuss der Vorteile des weltgrößten Binnenmarkts nicht zum Nulltarif, weder für Erweiterungs- und Nachbarschaftsländer noch für Länder wie die Schweiz oder Norwegen - oder künftig vielleicht auch für Großbritannien. Rechtsstaatliche, wirtschaftliche und soziale Reformen sowie Beitragszahlungen in den EU-Haushalt sind Teil des Deals.

Ein schlampiger Umgang mit rechtsstaatlichen Prinzipien innerhalb der EU untergräbt in diesem Zusammenhang nicht nur unseren Zusammenhalt, sondern schwächt uns als Gemeinschaft und erschwert die außenpolitische Überzeugungsarbeit für rechtsstaatliche Reformen.

Wenn wir daher von einem europäischen Wir-Gefühl sprechen, müssen wir auch ein Wir-Verhalten einfordern. Das bedeutet, der Union sowohl die richtigen Instrumente in die Hand zu geben, als auch die gemeinsam beschlossenen Regeln einzuhalten. Ein möglicher Brexit darf keine Ablenkung sein, sondern kann im besten Fall sogar zu einer Re-Fokussierung beitragen.

Johannes Hahn ist EU-Kommissar, Elmar Brok Mitglied des Europäischen Parlaments: gastautor@handelsblatt.com

”

Gerade die Flüchtlingskrise zeigt, dass die EU auf die Kooperation mit ihren Nachbarn angewiesen ist - und umgekehrt.

Anzeige


CLASSIC EDITION

Votteler Chair.
Design: Arno Votteler.

1956

Die Wiederentdeckung. Der Connaisseur erkennt seinen Charme auf den ersten Blick: der Lese- und Ruhesessel 368 ist ein stiller Klassiker der Mid-Century Moderne. Er erzählt von den Inspirationen, die der Zeitgeist hervorbringt: skandinavische Sachlichkeit und Strenge im besten Sinn. www.walterknoll.de

WALTER KNOLL



1865
150 YEARS OF WALTER KNOLL
2015